LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/365

Alle Abgeordneten

Helmut Seifen

Gronau 27.02.2023

Stellungnahme zu Anträgen der FDP-Fraktion Landtag NRW:
„Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen." (Drs. 18/1102)
„Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu haben." (Drs. 18/1365)

Beide hier angeführten Anträge der FDP-Fraktion beschäftigen sich mit zwei tiefgreifenden Mangelzuständen im Bildungsbereich: dem gravierenden Lehrermangel und den besorgniserregenden Defiziten bei den Schülern der vierten Jahrgänge der Grundschule im Lesen und Verstehen, Rechtschreiben und Rechnen. Diese Mangelzustände setzen direkt und unmittelbar der Substanz des Schul- und Bildungswesens in Deutschland gefährlich zu, beeinträchtigen damit massiv die Bildungs- und Persönlichkeitsentwicklung der Angehörigen nachwachsender Generationen, mindern die Stabilität der politisch-demokratischen Gesellschaft und gefährden in höchstem Maße den materiellen Wohlstand des Staates wie seiner Bewohner.

In den zurückliegenden Jahren sind diese Mangelzustände deshalb wohl auch immer wieder im parlamentarischen Raum und in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit thematisiert worden, ohne dass jedoch deren weitere Zuspitzung verhindert, geschweige denn der Mangel und die Defizite reduziert worden sind. Denn für eine substantielle Bekämpfung der Mangelzustände in beiden Bereichen hätte eine tiefgreifende und ehrliche Bestandsaufnahme des jeweils augenblicklichen Zustands erfolgen und vor allem dann in Zusammenhang mit den über zwei Jahrzehnten zurückliegenden schulpolitischen Entscheidungen sowie mit der pädagogisch-didaktischen Ausrichtung von Unterricht gebracht werden müssen. Dies ist aber nicht geschehen. Offensichtlich bestand bei den involvierten politischen Kräften wie Persönlichkeiten keine Bereitschaft, ehemals getroffene politisch und pädagogisch-didaktische Entscheidungen, die allesamt unter dem Diktum der „Reform" standen,

einer kritischen Prüfung zu unterziehen, hätte das doch auch eine Auseinandersetzung mit der Brauchbarkeit eigener Bildungsvorstellungen bedeutet. Auch die vorliegenden Anträge der FDP-Fraktion treten in diese umfassende und ehrliche Analyse vormaliger schulpolitischer Entscheidungen als mögliche Ursache für die oben genannten Mangelzustände nicht ein.

Die in dem Antrag 18/1102 vorgebrachten Vorschläge zur Abmilderung oder Beseitigung des Lehrermangels werden an dem augenblicklichen Zustand kaum etwas ändern, zumal einige der Forderungen diffus gehalten werden und sich im Ungefähren bewegen. So ist die Forderung nach einer Flexibilisierung der Lehramtsausbildung und der Einstellungsverfahren sehr unkonkret und insofern eine Leerformel, als dass der Lehrermangel wohl am wenigsten an den Einstellungsverfahren liegt, wohingegen die Flexibilisierung der Lehramtsausbildung schon konkreter benannt werden müsste. Denn die zurückliegenden politischen Entscheidungen zur Lehramtsausbildung, unter anderem auch das Lehrerausbildungsgesetz - LABG vom 12. Mai 2009[1], hat die damals noch vorhandene Flexibilisierung der Lehrerausbildung im Lehrerausbildungsgesetz vom 02. Juli 2002[2] aufgehoben. In der Tat müssten einige Bestimmungen des gültigen Lehrerausbildungsgesetzes neu überdacht und zurückgefahren werden. Dazu gehört die scharfe Abgrenzung der Schulstufe Grundschule von der Schulstufe Hauptschule und Realschule sowie die Forderung an die Grundschullehrkräfte, Deutsch und Mathematik in gleicher Weise studieren zu müssen, eine Bestimmung, die viele Studenten des Lehramtes Grundschule das Studium vorzeitig abbrechen lassen. Das gleiche gilt für die Anhebung der Studiendauer für das Studium der Grundschule, Hauptschule und Realschule.

Wenig zielführend sind auch die Forderungen nach einer Vermehrung des Praxisbezugs und der Aufwertung des Praxissemesters. Tatsächlich zielführend wäre die Aufhebung des Praxissemesters und dafür die zeitliche Erweiterung der Referendarszeit auf 24 Monate. So wertvoll selbstverständlich Praxiserfahrungen sind, so darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass ein solides, breites und tiefes inhaltlich-fachliches Wissen überhaupt erst die Voraussetzung für eine reflektierte Praxisbegegnung schafft und Erfahrung im Sinne einer distanziert urteilenden Haltung ermöglicht. Wer die Studieninhalte nur als Beiwerk des Lehrerberufes ansieht, verkennt die eigentlichen Anforderungen des Lehrerberufes fundamental. Wie sehr inhaltlich-fachliches Wissen die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche

[1] https://bass.schul-welt.de/9767.htm
[2] https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=6&vd_id=3239&vd_back=N325&sg=&menu=1

Ausübung des Lehrerberufes ist, kann der Praktiker unter anderem beobachten, wenn Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf eintreten. Wenn Seiteneinsteiger nach einer gewissen Zeit ihre Tätigkeit oder Ausbildung an der Schule wieder aufgeben, liegt es in den überwiegenden Fällen in erster Linie daran, dass sie die Unterrichtsinhalte nicht in dem Maße beherrschen, um Unterrichtsreihen und Unterrichtsstunden didaktisch angemessen und logisch stringent planen und durchführen zu können. Das wiederum hat dann abträgliche Folgen für das Gelingen der Klassenführung und die Wirksamkeit pädagogischer Einwirkungsmaßnahmen der Lehrkraft. Insofern ist die Forderung des Antrags nach einer Erleichterung und einer größeren Transparenz des Zugangs von Seiteneinsteigern in den Schulbetrieb noch klärungsbedürftig. Die Einstellung von zu gering qualifizierten Lehrkräften kann sicherlich nicht im Sinne einer Qualitätsverbesserung der schulischen Leistungen von Schülern sein.

Ein wichtiges Stichwort enthält der FDP-Antrag aber mit dem Begriff „Attraktivität" des Lehrerberufs. Diese „Attraktivität" erhöht sich allerdings nicht durch passende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, wie es im FDP-Antrag formuliert wird. Letztere werden eher dann wahrgenommen, wenn die berufliche Tätigkeit bereits eine so hohe Attraktivität besitzt, dass dies zu einer freiwilligen Steigerung des persönlichen Einsatzes führt. Die Attraktivität eines Berufes ergibt sich, neben der angemessenen materiellen Absicherung, aus der selbst empfundenen Sinnhaftigkeit einer beruflichen Tätigkeit, der Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst effektiv und zielgerichtet einsetzen zu können und damit höchst mögliche Erfolge zu erzielen. Alles, was dem entgegensteht oder sogar eines der genannten Attraktivitätsmerkmale verhindert, wird als Belastung empfunden und führt zur zunächst inneren, dann auch äußeren Ablehnung der Tätigkeit.

Diesen Zustand können wir offensichtlich bei der Betrachtung des Lehrerberufes beobachten. Die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten im Lehrerberuf, die zu geringe Zahl an Lehramtsstudenten wie die hohe Zahl an Abbrechern dieser Studiengänge lassen doch vermuten, dass der Lehrerberuf für viele junge Menschen so unattraktiv ist, dass sie das Berufsfeld Schule meiden oder eben der Belastung durch Teilzeitarbeit ausweichen, wenn sie bereits im Schuldienst tätig sind.

Eine objektive Entsprechung dieser persönlich empfundenen Über- und Fehlbelastung der im Schuldienst Tätigen bildet in schonungsloser Deutlichkeit der IQB-Bildungstrend ab. Denn die dort erhobenen Defizite im Lesen und Verstehen, Rechtschreiben und Rechnen bei den Schülern der vierten Jahrgänge der Grundschulen sind so gravierend, dass sie ein Ausweis für einen fast zerrütteten Zustand in den Grundschulen sind. Wenn kurz vor dem Übergang zu einer

weiterführenden Schule im Lesen nur 52,7% der Schüler den Regelstandard erreichen, in der Rechtschreibung nur 39,6% und in der Mathematik nur 47,3%, dagegen 21,6% im Lesen den Mindeststandard nicht erreichen, in der Rechtschreibung 32,6%, in Mathematik 28,1%, dann kann man daraus schließen, dass das Unterrichten in der Grundschule offensichtlich mit einem außergewöhnlich hohen Maß an Enttäuschung und Vergeblichkeitsgefühl verbunden ist. Offensichtlich erleben zu viele Lehrkräfte zu oft, dass sie die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse kaum effektiv und zielgerichtet einsetzen können, in zu vielen Fällen der Unterrichtserfolg ausbleibt und sich damit die Frage nach der Sinnhaftigkeit ihres Tuns stellt.

Da dies nicht immer so gewesen ist und sich diese Zustände in den letzten Jahrzehnten so entwickelt haben, haben alle verantwortlichen Kräfte in Forschung und Lehre, im Schul- und Bildungsbereich wie in Politik, Verwaltung und Gesellschaft die Aufgabe, die ihnen die Verfasser des IQB-Bildungstrend mit auf den Weg gegeben haben. So formulieren Petra Stanat und Stefan Schipolowski im ersten Kapitel des Bildungstrends das Ziel der Erhebung: *„Mit den Ergebnissen der IQB-Bildungstrends sollen die Länder Anhaltspunkte dafür erhalten, inwieweit die von ihnen umgesetzten Maßnahmen positive Entwicklungen ausgelöst haben und in welchen Bereichen weiterer Handlungsbedarf besteht." „In jedem Fall besteht eine wichtige bildungspolitische Aufgabe darin, auf sich ändernde Rahmenbedingungen rechtzeitig und adäquat zu reagieren."*[3] Die damalige Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Ministerin Karin Prien, hebt in gleicher Weise die Bedeutung des IQB-Bildungstrends für die Entscheidungsträger im Bildungsbereich hervor, wenn sie im Vorwort formuliert: *„Als Ländervergleich liefert der IQB-Bildungstrend für jedes Land differenzierte Ergebnisse, die vertiefte Analysen ermöglichen. Die Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards in regelmäßigen Abständen macht es möglich, Entwicklungen im Bildungssystem zu beobachten und die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen zu bewerten und gegebenenfalls zu überdenken."*[4] Und weiter unten: *„…, aber jeder Bildungstrend gibt Hinweise, wo Maßnahmen gegriffen haben und wo Handlungsbedarf besteht.*[5]

Dieser Aufgabe müssen sich alle im Bildungsbereich Verantwortlichen endlich stellen. Insofern ist der vorliegende Antrag der FDP (Drs. 18/1365) hilfreich, enthält aber in seinem Forderungsteil Maßnahmen, die wegen des bereits vorhandenen Personalmangels wohl schwerlich erfüllbar sind oder die so allgemein gefasst sind,

---

[3] IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, hrsg. von Petra Stanat u.a., Münster 2022, S.16

[4] Ebd. S. 9

[5] Ebd. S. 10

dass es einer genauen Konkretisierung bedarf. Dabei wird im FDP-Antrag Hamburgs Senator für Schule und Berufsbildung, Ties Rabe, zitiert mit den Worten: *„Statt auf Entlastung und Erleichterung setzen wir auf mehr und intensiveren Unterricht, eine stärkere Fokussierung auf Kernkompetenz, klare und hohe Leistungsanforderungen, Schulinspektionen und Lernstandsvergleiche, mehr Übungsphasen und die gezielte Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler."*[6]

In Hamburg hat man offensichtlich nach dem letzten IQB-Bildungstrend von 2016 das beherzigt, was Ministerin Karin Prien in ihrem Vorwort zum aktuellen IQB-Bildungstrend formuliert hat, nämlich *„die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen zu bewerten und gegebenenfalls zu überdenken."*[7]

Dieses Überdenken muss nun auch in Nordrhein-Westfalen endlich geschehen. Dazu gehören einmal der Blick auf die pädagogisch-didaktische Praxis des Unterrichts in der Grundschule und zum anderen der kritische Blick auf die bildungspolitischen Entscheidungen der letzten zwei Jahrzehnte.

1. Leitbegriff der augenblicklichen pädagogisch-didaktischen Praxis in der Grundschule wie in anderen Schulformen ist die Leitidee von der „neuen Lernkultur und der „individuellen Potentialentfaltung durch individuelle Förderung". Der Lehrer wird zum Lernbegleiter, er arrangiert selbstorganisiertes Lernen und stellt den Schülern Wochenpläne zur Verfügung. Fehler sollen nur noch ansatzweise korrigiert werden und setzen sich daher in den Köpfen der Kinder fest. Die Methode „Schreiben nach Gehör" bildet hier das eklatanteste Beispiel für eine fehlgeleitete Lehrmethode. Die von der Lehrkraft angeleiteten gemeinsamen Erarbeitungsphasen werden als lehrerzentriert abgelehnt, kritisch gesehen wird auch das automatisierte Üben beim Rechnen oder systematische Rechtschreibübungen. Stattdessen sitzen die Kinder an ihren Wochenplänen, in Gruppen oder einzeln isoliert voneinander, und arbeiten die Lernpakete ab. „Gemeinsames" Lernen ist im Grunde dann „einsames" Lernen in seinem eigenen geistigen Umfeld ohne die Anregung durch die Lehrkraft oder die Mitschüler. Dass sich diese Lehr- und Lernmethode als ineffektiv erwiesen hat, zeigen die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends sowie Wortmeldungen aus der Wissenschaft.[8]

---

[6] FDP-Antrag 18/1365, S. 3. Dort auch Quellenverweis

[7] IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, hrsg. von Petra Stanat u.a., Münster 2022, S.9

[8] Matthias Burchardt, Jochen Krautz, „Neue Lernkultur" im Musterländle, in: FAZ Nr. 107, 10. Mai 2013, S. 7; Heike Schmoll, Studie zur Gemeinschaftsschule Schwäbisches Himmelfahrtskommando, in: FAZ vom 16.08.2015

Aus der Ineffizienz solcher pädagogisch-didaktischer Konzepte müssen in Nordrhein-Westfalen die gleichen Schlussfolgerungen gezogen werden, wie man es in Hamburg offensichtlich bereits getan hat.

Der Unterricht muss grundsätzlich lehrergeleitet sein. *„Guter Unterricht lehrt Verstehen durch Zeigen und Erklären des Lehrers, durch gemeinsames Diskutieren und Überprüfen lernen Schüler zunehmend, ein eigenes sachlich fundiertes Urteil zu bilden. Freiheit erwächst aus der pädagogischen Beziehung. Wer jedoch menschliche Bindung einfach auflöst, erzeugt nicht Selbständigkeit, sondern Desorientierung."*[9] Und Cornelia Schwartz, Vorsitzende des Philologenverbands Rheinland-Pfalz, fordert: *„Konsequentes Rechtschreiben und ein Verbessern von Fehlern, das Erlernen einer echten Schreibschrift, mehr Ruhe und Konzentration im Unterricht, Mathematikbücher, die nicht fünf verschiedene Rechenwege aufzeigen, sondern zunächst ein sinnvolles Rechenverfahren üben, und zwar nicht an drei kleinen Mini-Aufgaben, sondern so lange, bis das Verfahren sicher und selbständig ausgeführt werden kann – damit wäre schon viel geholfen, und zwar völlig kostenneutral."*[10]

Übrigens haben viele Lehrkräfte in den Grundschulen bereits die Konsequenzen aus der Ineffizienz offener Lehr- und Unterrichtsformen gezogen und gestalten ihren Unterricht zunehmend lehrergeleitet, weil die Lernzuwächse sonst noch geringer wären. Allerdings zwingt die zunehmende Heterogenität der Lerngruppen die Lehrkräfte weiterhin dazu, Lerngruppen zu segmentieren und Lernaufgaben zu differenzieren, so dass lehrergeleiteter Plenumsunterricht in diesen Fällen nicht durchgeführt werden kann. Deshalb müssen die politischen Entscheidungen zum Gemeinsamen Lernen überdacht werden.

2. Die Idee des Gemeinsamen Lernens verbietet es strikt, jede Differenzierung der Lerngruppen nach Leistungsvermögen der Schüler vorzunehmen. Auch wenn dieses Prinzip nicht streng durchgeführt wird und weiterhin verschiedene Schulformen existieren, so ist gerade die Grundschule gezwungen, Kinder mit besonderem Förderbedarf in ihren Unterricht zu integrieren. Das AOSF-Verfahren für Grundschulkinder wurde ausgesetzt, die Klassenstufen eins bis vier an den Förderschulen aufgehoben. Der pädagogische und disziplinarische Aufwand, den die Lehrkräfte aufwenden müssen, um Kinder mit solch unterschiedlichen kognitiven und sozial-empathischen Voraussetzungen gleichzeitig unterrichten zu

---

[9] Matthias Burchardt, Jochen Krautz, „Neue Lernkultur" im Musterländle, in: FAZ Nr. 107, 10. Mai 2013, S. 7;

[10] https://www.philologenverband.de/diverses/texte/news/zu-den-ergebnissen-des-iqb-bildungstrends-2021-der-grundschule-philologenverband-rheinland-pfalz for.html?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=36f791a8daee7c6e9f4120681938e439

müssen, ist so groß, dass der Unterricht nicht zu dem Erfolg führt, den sich die Lehrkräfte und letztlich die Schüler auch wünschen und der notwendig ist, um die Schullaufbahn an den weiterführenden Schulen bewältigen zu können.[11] Wenn auch die Lerngruppen in den Grundschulen immer schon eine größere Heterogenität aufwiesen, so ist doch mit der Aufgabenübertragung einer zieldifferenten Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf eine derartige Überdehnung der Heterogenität erfolgt, dass sich die Lernleistungen ganzer Lerngruppen vermindern wie im IQB-Bildungstrend festgestellt.

In diese heterogenen Lerngruppen kommen nun auch noch Kinder aus Flüchtlingsfamilien hinzu, die meisten verständlicherweise ohne Kenntnis der deutschen Sprache, zum Teil traumatisiert und aus verschiedenen Kulturen mit ihren unterschiedlichen Erziehungs- und Lebensformen. Solange Lehrkräfte solche hyperheterogenen Lerngruppen unterrichten müssen, solange werden sich die Ergebnisse von Lernüberprüfungsstudien nicht verbessern.

Die Verschlechterung der Schülerleistungen im Lesen und Verstehen, Rechtschreiben und Rechnen vom IQB-Bildungstrend 2011 über den IQB-Bildungstrend 2016 bis zum vorliegenden IQB-Bildungstrend 2021 belegt die Auswirkungen der ungeregelten Zuwanderungspolitik nach Deutschland, die Untauglichkeit der Vorstellungen vom Gemeinsamen Lernen wie auch die Untauglichkeit offener Unterrichtsformen in der gegenwärtigen Situation. Sind letztere in homogen-kognitiv leistungsstarken Lerngruppen durchaus anwendbar und erfolgreich, so müssen sie in den aktuellen hyperheterogenen Lerngruppen der Grundschulen zum Misserfolg führen.

Fazit: Der Antrag der FDP-Fraktion bleibt sehr deutlich hinter der eigentlichen Problembeschreibung zurück und fordert lediglich Hilfsmaßnahmen zur besseren Bewältigung der Situation. Damit wären aber die Missstände, die zu den erschreckenden Ergebnissen des IQB-Bildungstrends 2021 führten, nicht beseitigt. Die Aufarbeitung der Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 müssen alle schul- und bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre in den Blick nehmen, auf den Prüfstand stellen und dürfen sich (erprobten) Alternativen nicht verschließen:

1. die Vorstellungen zum Gemeinsamen Lernen und der Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf in die Regelklassen sowie von Heterogenität und Homogenität von Lerngruppen;

[11] Hartmut Esser, Julian Seuring, Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit, in: Zeitschrift für Soziologie, 49 (2020) S. 277-301

2. die Überlegung, Kinder ohne Deutschkenntnisse zunächst in Vorbereitungsklassen zu beschulen;
3. die Überlegung, Schulkindern mit mangelnder Schulreife Zeit in Vorschulklassen anzubieten, wie es in NRW bis 2005 möglich war;
4. die pädagogisch-didaktische Ausrichtung des Unterrichtes als offenen Unterricht oder die lehrergeleitete Ausrichtung des Unterrichts mit einer das Wissen sichernden Plenumsphase;
5. die Bedeutung von Übung und Wiederholung;
6. die Rolle von Erziehung, Disziplin und Konzentration im Lernprozess;
7. die Rolle der Lehrkraft im Unterrichts- und Erziehungsprozess.

Über diese Fragen ist seit Jahrzehnten intensiv geforscht worden, so dass man sich bei der Aufarbeitung der Ergebnisse aus der IQB-Bildungstrend 2021 auf zahlreiche Studien und wissenschaftlichen Werke stützen kann. Die einseitige Orientierung an aktuell favorisierte pädagogische Modelle sollte der Vergangenheit angehören, zumal die grandios gescheitert sind, ihre Alltagstauglichkeit zu beweisen. Dies scheint auch die Ministerin Dorothee Feller erkannt zu haben, wenn sie zu den Ergebnissen des Bildungstrends formuliert:
„Doch aufgrund der weiterhin schlechten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen gehört für mich noch einmal alles auf den Prüfstand. Wir brauchen einen grundlegenden und umfassenden Ansatz, um den negativen Trend umzukehren. ... Der Bildungstrend legt die Schwachstellen unseres Schulsystems schonungslos offen. Den Ergebnissen müssen wir uns stellen und uns fragen, was wir alle gemeinsam besser machen müssen."[12]

Der Antrag der FDP ist für diese Tiefenreflexion wenig geeignet. Aber vielleicht kann er ein Anstoß dafür sein, dass in Schule, Wissenschaft und Politik eine umfassende und problemlösende Diskussion und Debatte um die Beseitigung der festgestellten Missstände geführt wird, wie es von der Ministerin angekündigt worden ist.

[12] https://www.schulministerium.nrw/presse/pressemitteilungen/ministerin-feller-ergebnisse-sind-ein-alarmsignal-17-10-2022